

# Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt *CDU* Kreisverband Magdeburg

## Seite 3

Kommunalwahlprogramm für 13.06.04

## Seite 5

Schröder ist am Ende und Deutschland?

## Seite 8

Die Kandidaten für die Europawahlen

## Seite 10

Verschleppte Graffiti-Bekämpfung

## Seite 12

Streitpunkt Musik - nicht ausgeräumt

## Seite 16

15 Tage in den amerikanischen Westen

**Wolfgang Schäuble: Zusammenschluss der Europäer liegt im Interesse aller**



In einem interessanten, in Teilen brillanten Vortrag auf Einladung der Europa-Union Deutschland hat der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, am 9. Februar im Palais am Fürstenwall vor etwa 200 Zuhörern über die Perspektiven der Europapolitik gesprochen.

Fortsetzung Seite 16

## OB Trümper auf dem Weg in die Schuldenfalle Reinhard Stern: Gezieltes Sparen und Erhöhung der Einnahmen

Am 12. Januar dieses Jahres trat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zu einer seiner wichtigsten Sitzungen im Magdeburger Landtag zusammen. Einzigster Tagesordnungspunkt war der Haushalt des Jahres 2004. Der Oberbürgermeister brachte einen Haushalt mit mehr als 63 Mio. Euro Fehlbetrag zwischen Einnahmen und laufenden Ausgaben ein. Bei einem Investitionsprogramm von 170 Mio. Euro werden geplante rund 41 Mio. Euro neue Schulden aufgenommen. Wir leben mehr als auf Pump.

**Was immer im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt ist, wird von uns nicht in Frage gestellt.**

Diskussionen über Rentenkürzungen, Zuzahlung bei Arzneimitteln, Privatisierung bei Zahnersatz, Praxisgebühr, kurzum, eine Politik im Bund, die dafür gesorgt hat, dass Deutschland mittlerweile das Schlusslicht in der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa geworden ist.

Auch wir in Magdeburg leiden unter dieser unsagbar schlechten Bundespolitik. Einnahmen im Gewerbesteuerbereich sind in Größenordnungen weggebrochen. Allein in Magdeburg über 20 Mio. Euro. Der Bund erlaubt es sich, immer mehr Leistungen auf die Kommunen zu verschieben. Er gibt ihnen aber nicht das Geld für diese neuen Aufgaben. Es ist deshalb wie in jedem Privathaushalt auch, man kann nur das ausgeben, was eingenommen wird und um so weniger Einnahmen wir haben, um so mehr müssen wir unsere Ausgaben dem anpas-

sen, um der Schuldenfalle zu entgehen.

Politisches Ziel unserer Fraktion ist es deshalb, dass mit der Haushaltskonsolidierung die Leistungen weiter durch die Stadt finanziert werden, die einer Mehrheit in dieser Stadt dienen, d. h. wir haben die Schließung von Einrichtungen beantragt, die nur von einer Minderheit in Anspruch genommen werden. Wir sprechen uns für den Abbau von Leistungen aus, die andere eventuell schon anbieten oder besser anbieten können.

Insbesondere bei den Personalkosten kommt das ganze Dilemma der städtischen Politik zum Ausdruck. Laut Eckwertebeschluss des Stadtrates sind die Personalkosten auf rund 175 Mio. Euro gedeckelt. Der Oberbürgermeister hatte versprochen, erste Ergebnisse eines vom Stadtrat beschlossenen Personalprogramms bis Ende 2003 vorzulegen. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist nichts geschehen.

Wir haben den Eindruck, dass vor den Kommunalwahlen keine unpopulären Entscheidungen mehr getroffen werden sollen. Die Bürger der Stadt verdienen es aber gesagt zu bekommen, was in den kommenden Jahren die Stadt noch leisten kann. Seit Jahren fordert deshalb die CDU-Ratsfraktion, dass Managementleistungen zur Betreuung von Gebäuden als ein klassisches Privatisierungsbeispiel ausgeschrieben werden. Was immer im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt ist, wird von uns nicht in Frage gestellt.

Als Fraktion sehen wir es aber sehr positiv, dass unter diesen Voraussetzungen viele Bürgerin-



Fraktionschef Reinhard Stern.

nen und Bürger, Vereine und Verbände, aber auch Einzelne bereit sind, der Stadt zu helfen. Uns gefällt das Engagement, das der Stadt angeboten wird, ob im Kulturbereich, im Sportbereich oder im Bereich der Ordnung und Sicherheit.

**Hunderte von Hektar erschlossener Gewerbeflächen warten auf Investoren.**

Wir können jedoch versuchen, noch so viel zu sparen, wenn wir nicht gleichzeitig wesentlich mehr Einnahmen in unserem Stadthaushalt erzielen. Woher sollen diese Einnahmen aber kommen? Die Arbeitslosenzahlen stagnieren bei 21.000 Arbeitslosen schon seit Jahren. Seit 1990 haben mehr als 65.000 Einwohner diese Stadt verlassen. Andererseits warten Hunderte von Hektar erschlossener Gewerbeflächen auf Investoren. Wir haben in den vergangenen Wochen als CDU-Ratsfraktion versucht, Initiativen zu befördern, um die Wirtschaftsförderung auf Trapp zu bringen.

Fortsetzung Seite 2

## Termine im Kreisverband

## Februar

Ortsverband Nord  
**25.02.2004**, 19.30 Uhr  
 im Cafe "Nordlicht"  
 (OV trifft sich jeden 4. Mi.  
 um 19.30 Uhr im "Nordlicht")

Ost- und Mitteldeutsche  
 Vereinigung  
**25.02.2004**, 18.00 Uhr  
 im Beratungsraum der  
 CDU-Landesgeschäftsstelle

## März

Frauen-Union  
**01.03.2004**, 19.00 Uhr  
 im "Paulaner"  
 (FU trifft sich jeden 1. Montag  
 um 19.00 Uhr im "Paulaner")

**Gesamt-  
 mitgliederversammlung**  
**13.03.2004, 10.00-15.00 Uhr**  
**im Ramada-Treff Hotel**

Ortsverband  
 Am Neustädter Feld  
**23.03.2004**, 19.30 Uhr  
 Gaststätte "Nord West"

Ortsverband Nord  
**24.03.2004**, 19.30 Uhr  
 im Cafe "Nordlicht"

Ost- und Mitteldeutsche  
 Vereinigung  
**31.03.2004**, 18.00 Uhr  
 im Beratungsraum der  
 CDU-Landesgeschäftsstelle

## April

Frauen-Union  
**05.04.2004**, 19.00 Uhr  
 im "Paulaner"

Eröffnung Wahlkampfbüro  
**17.04.2004**

Ortsverband  
 Am Neustädter Feld  
**20.04.2004**, 19.30 Uhr  
 Gaststätte "Nord West"

Ost- und Mitteldeutsche  
 Vereinigung  
**28.04.2004**, 18.00 Uhr  
 im Beratungsraum der CDU-  
 Landesgeschäftsstelle

Veranstaltung mit Minister Dr.  
 Daehre und Bernd Heynemann  
 zur Verkehrssituation  
 von Magdeburg  
**28.04.2004**, 18.00 Uhr,  
 in der AOK

weitere Termine Seite 3

## Fortsetzung: **OB Trümper auf dem Weg in die Schuldenfalle**

Aber es muss mehr aus der Verwaltung kommen. Die Stadt Otto des Großen braucht großzügiges Denken in Fragen der Wirtschaftsförderung. Warum gehen große Automobilfirmen nach Leipzig, warum gehen Chiphersteller nach Dresden? Der Abstand im wirtschaftlichen Bereich zu diesen Städten wird immer größer.

**“Wirtschaft akquiriert  
 Wirtschaft”, damit die  
 Unternehmer der Stadt  
 sich für ihr  
 Magdeburg einsetzen**

Wir haben Traditionen in Branchen, die zukunftssträftig sind. Und wir können die Abwanderung stoppen, wenn unsere leistungsbereiten Bürger einen Arbeitsplatz in dieser Stadt finden. Wir verstehen es deshalb überhaupt nicht, wenn das hervorragende Ensemble des Theaters der Landeshauptstadt Magdeburg mit AIDA in Japan gastiert und kein Vertreter aus der Wirtschaft von Magdeburg für Magdeburg in Japan wirbt. Jede Kulturdelegation, die in Europa oder in Übersee auftritt, muss Wirtschaftsförderer im Schlepptau haben und es muss mehr Geld für Wirtschaftsreisen zur Verfügung stehen.

Wir haben den Antrag eingebracht "Wirtschaft akquiriert Wirtschaft", damit die Unternehmer der Stadt sich für ihr Magdeburg einsetzen können. Wir erkennen nicht, dass in dieser Frage die Verwaltung agiert. Wir sollen angeblich einen Europa-beauftragten in der Stadt Magdeburg haben. Niemand kennt ihn. Dresden hat mehr als 8 Beschäftigte, die in diesem Bereich tätig sind. Und so ließen sich weitere Beispiele leicht finden.

Wir können nichts erreichen, wenn wir weiter so phlegmatisch agieren. Das Dezernat für Wirtschaft hat einen gewaltigen Nachholbedarf vorzuweisen. Geld, was uns an dieser Stelle fehlt, müssen wir mit enormen Ausgaben in den Bereichen Soziales und Kultur aufbringen.

Wir haben aber nicht nur Vorschläge zur Einsparung vorgelegt, sondern in diesen Bereichen auch Vorschläge, wie wir die dann freien Mittel in anderen Projekten einsetzen

können, z. B. für den Bereich des Puppentheaters oder für den Umbau der ehemaligen Feuerwache in Buckau zu einem Standort für das Konservatorium ein. Wenn an dieser Stelle in Buckau Leben einzieht, dann kann dies bis in die späten Abendstunden über den Thiemplatz hinaus ausstrahlen.

Unsere Gespräche mit dem Gewerbeverein Buckau bestärken uns dabei in unserer Auffassung. Mehrfachnutzung von Einrichtungen, wie z. B. dem Gesellschaftshaus in Verbindung mit dem Literaturhaus und dem Volksbad sind anzustreben. Bürgerschaftliches Engagement von Vereinen ist mit einzubeziehen, wie im Museum oder im Volksbad und die Forschungseinrichtung über Telemann muss endlich dem Land mit übertragen werden.

**Wir bekennen uns zu  
 einer Stärkung der  
 Infrastruktur wie dem  
 Tunnel am Uniplatz  
 oder auch zur Sanie-  
 rung von Schulen, Kin-  
 dergärten oder  
 Berufsschulen.**

Unsere Auffassung zu Investitionen im Bereich Infrastruktur, Bau und Stadtentwicklung sind eigentlich immer sehr klar gewesen. Der investive Bereich muss gestärkt werden, allerdings mit Maßnahmen, die uns später entlasten bzw. die wichtig sind für weitere Ansiedlungen. Dabei bekennen wir uns zu einer Stärkung der Infrastruktur wie dem Tunnel am Uniplatz oder auch zur Sanierung von Schulen, Kindergärten oder Berufsschulen. Das ist wichtig für die weitere Lebensfähigkeit der Stadt.

Wie der Oberbürgermeister allerdings über Investitionen zur Erschießung zur Anbindung von Gewerbeansiedlungen und über den Straßenbau denkt, das haben wir in seiner Rede gegen den Ausbau der Verlängerung der B71 im Bereich Südost gesehen. Hier muss er sich sicherlich noch in den nächsten Wochen viele Fragen gefallen lassen.

Wir müssen allerdings die Schuldenaufnahme begrenzen, sonst hinterlassen wir unseren Nachkommen

Rechnungen, die sie nicht mehr bezahlen können. Seit dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Dr. Trümper ist die Pro-Kopf-Verschuldung im Zeitraum von 2002 bis 2004 von 974 Euro pro Einwohner auf fast 1.203 Euro pro Einwohner gestiegen. Damit hat sich die Verschuldung in zwei Jahren seiner Amtszeit um 23 % erhöht. Es ist u. a. auch in Dinge investiert worden, die mit Fragezeichen zu versehen sind. Im Neustädter Feld sind Parkplätze gebaut worden, wo schon Parkplätze waren oder es soll am Schleifufer eine Fußgängerbrücke gebaut werden, wo 200 m weiter die nächste ist. Hier haben wir noch Sparreserven.

Seit Jahren wächst in der Fraktion die Sorge von den liegengelassenen Aufgaben im Hoch- und Tiefbaubereich.

**Magdeburger Gewerbe-  
 treibenden sollen  
 Arbeit durch die öffent-  
 liche Hand erhalten.**

Nach den stundenlangen Diskussionen im Vorfeld der Haushaltsberatungen und den nochmals langwierigen Diskussionen im Stadtrat haben wir uns als Fraktion entschlossen, obwohl einige unserer Anträge zur Einsparung bzw. zur Konsolidierung des Haushaltes nicht angenommen worden sind, im Interesse der Auslösung von Aufträgen durch die öffentliche Hand diesem Haushalt zuzustimmen, um Magdeburger Gewerbetreibenden die Möglichkeit zu geben, Arbeit durch die öffentliche Hand zu erhalten. Allerdings hoffen wir, dass wir bei den nächsten Haushaltsberatungen für den Haushalt des Jahres 2005 durch veränderte Mehrheiten im Stadtrat in der Lage sein werden, einen Haushalt einzubringen, der wesentlich mehr für investive Maßnahmen Geld zur Verfügung stellt und damit auch ein Umsteuern in der Haushaltspolitik der Stadt Magdeburg gewährleistet. Das ist eines unserer erklärten Ziele einer veränderten Kommunalpolitik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Magdeburg.

Reinhard Stern  
 Fraktionsvorsitzender

## Die CDU will mit Kompetenz die Zukunft Magdeburgs gestalten

Der CDU-Kreisvorstand hat in seiner jüngsten Sitzung das Kommunalwahlprogramm für die Wahlen am 13. Juni 2004 beschlossen. Das 12-Punkte umfassende Papier wurde in monatelanger Arbeit von den Fachausschüssen in Zusammenarbeit mit der Wahlkampfkommission unter Leitung von Reinhard Stern erarbeitet und soll durch die Gesamtmitgliederversammlung am 13. März verabschiedet werden. Nachfolgend einige Auszüge aus dem Beschlusspapier:

Die Wirtschaftskraft Magdeburgs und das damit verbundene Arbeitsplatzpotential entscheiden maßgeblich über die Zukunft der Stadt. Die Wirtschaftsförderung der Stadt muss wirtschafts- und unternehmerfreundliche Standortbedingungen schaffen und verbessern.

Im heutigen Europa der Regionen ist dem regionalen Bezug stärkere Beachtung zu schenken. Die Vernetzung der Potenziale von Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Stadt und der Region ist durch entsprechende Serviceleistungen der Wirtschaftsförderung Magdeburgs zu forcieren.

Das Potential vieler leistungsbereiter Menschen und Unternehmer ist zu nutzen, damit diese ihre berufliche Zukunft und ihren Lebensmittelpunkt weiter in Magdeburg sehen.

Erfolgreiche Ansiedlungen, besonders im produzierenden Bereich, sind in Magdeburg zukunftsentscheidend. Ein vielversprechendes Ansiedlungspotential bietet sich auf Grund der vorhandenen Forschungskapazitäten sowie der bereits am Standort erfolgreich tätigen Unternehmen in den Bereichen Maschinenbau, nachwachsende Rohstoffe und Gesundheitswirtschaft. Die Zusammenarbeit von Industrie und Universität ist dabei zu befördern. Maßnahmen und Aktivitäten der Wirtschaftsförderung dürfen im Europa der Regionen nicht durch Verwaltungsgrenzen gebietsmäßig eingeschränkt werden.

Durch eine wesentlich engere Zusammenarbeit mit der Region

und den Wirtschaftsverbänden ist den Anforderungen, die durch die EU- Erweiterung entstehen, Rechnung zu tragen. Aktivitäten einzelner Unternehmen zur Erschließung der neuen Märkte in Osteuropa sind zu unterstützen.

Die Magdeburger Standorte der Produktion von Windenergieanlagen - vor allem für den Export - sind zu sichern und in der Entwicklung zu unterstützen, um die hier geschaffenen Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Magdeburg hat das Potential, sich zum Standort der Entwicklung und Produktion weiterer Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien zu entwickeln.

Die Existenzgründungsförderung muss forciert und koordiniert werden. Dabei geht es um straffe Koordinierung der Gründungsberatung in Magdeburg, konsequente Betreuung potentieller Existenzgründer aus Universität, Fachhochschule und Forschungseinrichtungen. Dazu gehört auch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten im Umfeld von Universität, Fachhochschule und Forschungseinrichtungen.

Die Innenstadt Magdeburgs hat sich durch zahlreiche private Investitionen in den letzten Jahren hervorragend entwickelt. Nunmehr gilt es, die weitere Stärkung der Magdeburger Innenstadt als pulsierendes Oberzentrum mit Ausstrahlung auf die gesamte Region fortzusetzen. Die Stadtteilzentren sind für die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung zu sichern und angemessen auszubauen.

Die Großwohnsiedlungen sind städtebaulich durch Rückbau und gezielten Neubau aufzuwerten. Dabei muss die Stadt die Initiative ergreifen, um die städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Interessen abzuwägen und die Suche nach optimalen Lösungen zu koordinieren.

Zwischen den Ballungsräumen Berlin, Halle-Leipzig und Hannover gelegen und mit schnellen Anbindungen nach Polen und in die Benelux-Staaten versehen, hat Magdeburg alle Chancen, um sich

als zentraler Standort für Produktion und Handel zu profilieren. Die Stadt kann ihre günstige Verkehrslage in Deutschland und Europa jedoch nur dann zur Stärkung der Wirtschaftskraft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen nutzen, wenn der Ausbau der Verkehrswege zügig und konsequent weitergeführt wird.

Magdeburg ist als Zentrum und Knotenpunkt der Güter- und Personenverkehre auf Straße und Schiene, zu Wasser und in der Luft im nördlichen Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln. Dazu gehören der Bau des trimodalen Güterverkehrszentrums (GVZ) in Hafennähe, die Entwicklung und der Ausbau des Hafens, die Ausweitung des City-Logistik-Projektes und die wieder vollwertige Anbindung der Stadt an das ICE-Netz. Dazu gehört auch der Ausbau des Verkehrslandeplatzes zum Business Airport gemäß Zielstellung und Umfang des Planfeststellungsbeschlusses. Im Bereich des ÖPNV ist ein Nahverkehrsverbund mit einheitlichem Tarifsystem und einer gemeinsamen Linienbedienung in der Stadt Magdeburg und den umliegenden Kreisen zu schaffen.

Die Haushaltskonsolidierung darf nicht bei den notwendigen Leistungen für die Bürger beginnen. Der richtige Weg dazu ist die deutliche Senkung der Personal- und Sachausgaben der Verwaltung. Erhebliche Einsparungen bei der Verwaltung können durch schlankere Strukturen und effektiveres Wirtschaften, auch in den städtischen Eigenbetrieben und den Gesellschaften, erreicht werden.

Hierbei sollen die im Vergleich überproportionalen Ausgaben in den Bereichen Soziales sowie Kultur einer Prüfung unterzogen werden. Die Verwaltung hat sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. In der Stadtverwaltung müssen alle bisher geleisteten Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Ziel ist die Umschichtung von Haushaltsmitteln vom konsumtiven Bereich (Verwaltungshaushalt) in den Investitionsbereich (Vermögenshaushalt).

Fortsetzung Seite 4

### weitere Termine im Kreisverband

#### Mai

##### 1. Mai

Infostand auf dem Alten Markt

#### Frauen-Union

03.05.2004, 19.00 Uhr im "Paulaner"

#### Ortsverband

Am Neustädter Feld

25.05.2004, 19.30 Uhr Gaststätte "Nord West"

#### Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung

26.05.2004, 18.00 Uhr im Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle

#### Juni

##### Frauen-Union

07.06.2004, 19.00 Uhr im "Paulaner"

#### Kommunal- und Europawahl

13.06.2004

#### Wahlparty

13.06.2004, 18.00 Uhr

#### Ortsverband

Am Neustädter Feld

22.06.2004, 19.30 Uhr Gaststätte "Nord West"

#### Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung

30.06.2004, 18.00 Uhr im Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle

## Impressum

### Herausgeber:

CDU-Kreisvorstand Magdeburg  
39104 Magdeburg  
Hegelstraße 23

### Redaktion:

Wilfried Köhler

### Layout/Satz:

Birgit Uebe, Medien- und Fotografiadesign

### Druck:

Harzdruckerei Wernigerode

## Fortsetzung: Die CDU will mit Kompetenz die Zukunft Magdeburgs gestalten

Daher sind die Möglichkeiten, die ein **intelligentes Gebäude-, Rückbau- und Energiemanagement** zur Stärkung der Finanzkraft der Stadt Magdeburg beitragen können, zu prüfen. **Ziel ist nicht das Sparen um des Sparens willen.** Vielmehr geht es der CDU Magdeburg nachdrücklich um die Sicherung von finanziellen Freiräumen für ein durch den Stadtrat selbstbestimmtes kommunalpolitisches Handeln.

Ein leistungsfähiges kommunales Sicherheitsnetz ist der Garant dafür, dass die Stadt Magdeburg in puncto Sicherheit und Ordnung Fortschritte macht. Die CDU setzt dabei nicht nur auf die bestmögliche Zusammenarbeit von Polizei und Stadtverwaltung, sondern auch auf das unverzichtbare Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sowohl im Rahmen des Stadtordnungsdienstes als auch durch die individuelle Fürsorge für das eigene Wohnumfeld tragen sie zur Prävention und Aufklärung von Straftaten bei. Dieses Engagement muss gestärkt werden, damit eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Verstößen gegen die Gefahrenabwehrverordnung und unerlaubte Graffiti greifen kann. Die durch die Polizei vorgenommene **Videoüberwachung in der Innenstadt** wird von der CDU unterstützt und begrüßt. Dies ist ein erster Schritt für mehr Sicherheit unserer Bürger.

Die Fluten des Jahres 2002 haben gezeigt, dass der **Hochwasserschutz** verbessert werden muss. Das natürliche Vorflutersystem in Ostelbien ist wiederherzustellen und zu erhalten. Missstände bei der Unterhaltung von Deichen und Abflussgräben sind zu beseitigen, der Bewuchs am Umflutkanal und der Alten Elbe ist konsequent zu entfernen. Hochwasserschutz muss Vorrang vor Naturschutz haben.

Der **Lärmschutz** ist durch die systematische Erfassung und Verringerung von Lärmquellen zu verbessern. In stärker befahrenen Wohnstraßen ist auf Kopfsteinpflaster zu verzichten. Die offene und ungedämpfte Verlegung von

Straßenbahnschienen ist auszuschießen.

Die Magdeburg umgebende **Elbauenlandschaft** ist zu schützen und zu erhalten. Alle Möglichkeiten zur Verhinderung des weiteren Kiesabbaus im ostelbischen Raum müssen ergriffen werden. Die Stadt Magdeburg muss sich stärker als bisher zu ihren Hochschulen bekennen und deren berechnete Interessen noch mehr als ihre eigenen Interessen begreifen. Auswirkungen der in Vorbereitung befindlichen **Hochschulstrukturreform** auf die Otto-von-Guericke-Universität und die Fachhochschule Magdeburg-Stendal müssen bereits im Vorfeld von allen Beteiligten diskutiert werden und einer Lösung im Interesse von Forschung und Lehre, der Stadt und der Region zugeführt werden. Die Einrichtung weiterer integrierter Gesamtschulen wird abgelehnt. Die **Schulen in freier Trägerschaft** bereichern das schulische Angebot und bilden somit einen unverzichtbaren und unterstützenswerten Bestandteil unserer Schullandschaft.

Einen wesentlichen Beitrag bei der Suche nach tragfähigen Werten für ein sinnerfülltes Leben leisten die Fächer **katholische und evangelische Religion** sowie das Fach Ethik. Diese Fächer müssen an allen Schulen unterrichtet werden. Zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung ist eine entsprechende Lehrerausbildung zu fördern.

Zur Gewinnung von **Ausbildungsplätzen** ist die Zusammenarbeit von Betrieben des Handwerks, der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes durch die Stadt zu fördern, z.B. sind die Ausbildungskonferenzen fortzusetzen und ihre Ergebnisse nachhaltiger umzusetzen.

Die **Geschichte Magdeburgs** muss erlebbar und begehbar sein. Die großen Persönlichkeiten der Stadt wie Kaiser Otto der Große, Otto von Guericke, Telemann müssen im Alltagsbild der Stadt und in Ereignissen präsent sein. Die CDU setzt sich für die lebendige Präsentation der Geschichte Magde-

burgs ein. Dazu gehören die 1200-Jahr-Feier der Stadt, die Ausstellung Heiliges Römisches Reich deutscher Nation im Jahr 2006, die Sicherung von Denkmälern mit zeitgeschichtlichem Bezug, die Erinnerung an die Festungsstadt Magdeburg durch die Erhaltung der verbliebenen Reste der preußischen Forts und Festungsmauern und die Bündelung der Kräfte in den vorhandenen Magdeburger Museen.

Der **Zoo** ist die größte und eine der beliebtesten Freizeiteinrichtungen Magdeburgs. Erhalt und Erweiterung müssen daher gewährleistet werden.

Die Stadt muss kinder-, familien-, und seniorenfreundlich gestaltet werden, damit sich alle Generationen in Magdeburg wohl fühlen. Als zentrale Aufgabe der **Familienpolitik** stellt sich die CDU in Magdeburg der Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbstätigkeit, deren Umsetzung in einer qualifizierten und weiterzuentwickelnden Kinderbetreuung gesehen wird. Wir unterstützen die starke Rolle der freien Träger, die in der Ver-

gangenheit eine Reihe von ehemals städtischen Einrichtungen übernommen haben.

Damit die Stadt Magdeburg zukunftsfähig bleibt, muss sie Jugendlichen eine realistische Perspektive bieten. Die CDU Magdeburg setzt sich für ein bedarfsorientiertes Netz von außerschulischen Angeboten für Kinder und Jugendliche ein.

Auch zukünftig müssen unbedingt finanzielle Mittel für den **Bau und die Sanierung von Sportstätten** zur Verfügung gestellt werden, um für den Breiten- und Spitzensport eine bedarfsgerechte und ausbaufähige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Der Neubau des Ernst-Grube-Stadions muss mit den sportlichen Leistungen der Mannschaft wachsen können. Die CDU Magdeburg setzt sich für eine erste Ausbaustufe mit 15.000 Zuschauerplätzen ein.

Wir unterstützen Pläne zur Erweiterung der Kapazität der Börde-Landhalle. Allerdings soll diese Investition durch eine private Betreibergesellschaft erfolgen.

www.mhkw-rothensee.de

# WIR MACHEN DIE ENTSORGUNG SICHER.

**Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH**  
 Otto-von-Guericke-Strasse 15  
 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 / 587-2534  
 Telefax: 0391 / 587-1764  
 E-mail: info@mhkw-rothensee.de

mhkw  
ROTHENSEE

## Schröder ist am Ende - und Deutschland?

Verfügte Kanzler Schröder über den Patriotismus, den er bei anderen einfordert, er wäre in Afrika geblieben! So aber nimmt der größte deutsche Bundeskanzler seinen besten Mann von seiner größten Baustelle. Viele Insolvenzen und Konkurse haben so begonnen...

Aber: Um mit dem im Amt erstaunlich gealterten, doch geschätzten Wirtschaftsminister Clement, dem einzig zu achtenden Minister dieser Chaosregierung, zu sprechen: Gester hatte eine schwere Aufgabe zu meistern versucht, er hat einen guten Job gemacht und ist Opfer einer Medienkampagne...

Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los: Mit Schmähungen übersät hatten Medien und Sozialdemokraten Helmut Kohl. Eine vor Hass triefende Kampagne unter Außer Acht Lassen jeglicher bis dahin geltender Regeln der Fairness, der Rücksichtnahme, der Beachtung der natürlichen Würde einer Person und ihrer Familie, haben sie losgetreten und gefahren, die ehemaligen Steinewerfer und Polizistentreter, die rechtskräftig verurteilten Helfer krimineller Vereinigungen und ihre Anhänger im Geiste und in der Tat. Sie haben sich gefallen in eitler Pose, mit deklamierter Rechtsstaatlichkeit und der Überheblichkeit jener, die in angemessener Richterrolle endlich ihre Vorurteile medienwirksam selbst bestätigen durften. Haben sie in ihrem Racheeifer nicht gesehen, was sie damit niederreißen im Gefüge dieser Republik? Wundern sie sich nun wirklich, wenn sie von den Konsequenzen ihres eigenen vehementen Tuns, wenn auch in kleinsten Schritten, eingeholt werden? - Die Regierbarkeit dieser Republik - diese Regierung selbst hat sie auf dem Gewissen - und bestätigt es durch ihr unseliges Tun jeden Tag neu.

Helmut Kohl hat einmal gefehlt, und wie wurde er dafür zur Rechenschaft gezogen?! Kanzler Schröder ist ein einziger großer Fehler. Wie sollte das auf Dauer ohne Konsequenzen bleiben?

Widersprüchlich, egozentrisch und willkürlich in seinen Entscheidungen, ist unserem Kanzler nun seine

Partei davongelaufen, weil sie ihm nicht mehr folgen konnte. Der Rücktritt als Parteivorsitzender wurde ihm abverlangt. Dafür war er nicht mehr gut genug; für das deutsche Volk als Kanzler scheint es noch zu reichen...

Die Frage an alle: Wie lange noch? Seine Partei hat die Reißleine gezogen. Und Deutschland?

Deutschland diskutiert nach Anleitung von Frau Bulmahn über Elite-Unis ohne Studiengebühren; denn zu den Studiengebühren mahnt Gerhard Schröder:

"Mit Studiengebühren hätte ich nicht studieren können!"

Der Unterzeichner meint: Was wäre dem Deutschen Volk damit erspart geblieben?

Eine Regierung nach dem Motto: Marx und Murks!

Wo immer diese Regierungsmannschaft der Verlegenheit bisher Hand anlegt, es wird Murks. Wo immer sie scheinbar zumindest einem nachvollziehbaren Gedanken nachhängt, die Partei- und Apparatelinken bis hin zu den Gewerkschaftsfunktionären pfeifen sie zurück. In Berlin wird Schmierentheater drittklassiger Provenienz gespielt - und in den Pausen geht der Kassierer durch die Stuhldreihen und verlangt vom erstaunten Publikum zum wiederholten Male Eintrittsgeld.

Der Kanzler ist am Ende; soweit sollten wir ihm nicht folgen!

Aber: Ist unser Medien-Kanzler nicht in bester Gesellschaft?

Sieh da, nun sind sie selber dran, die Herren Funke, Zwickel, Ackermann!

Oder anders: Die wahren Kumpels vom Herrn Zwickel hat nun der Staatsanwalt am Wickel.

Dabei steht Herr Zwickel als vorderster Gewerkschaftler in der Doppeldeutigkeit, besser Doppelbödigkeit seines Handelns und Redens in bester Funktionärstradition, wenn wir an die Insidergeschäfte des Herrn Steinkühler denken oder an die Geschäftsgebaren des ehemaligen Chefs der Neuen Heimat, Herrn Vietor. Wie gut, dass Frau Engelen-Käfer in ihren Vielfachfunktionen noch aus anderem Holze geschnitzt ist.

Herr Ackermann ist Schweizer, Vor-

standssprecher der Deutschen Bank, einem Kreditinstitut, das in Deutschland einmal einen Namen hatte und das für den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands stand. Noch unter Alfred Herrhausen war diese Identität vorhanden. Heute könnte sie wahrscheinlich nur noch deshalb feststellbar sein, weil Leistungswillen und Leistungsfähigkeit Deutschlands jeden Tag mehr von der Bundesregierung und ihrer parlamentarischen Mehrheit verzockt werden. Herr Ackermann sprach, sein Gastland fest im Blick: "Dies ist das einzige Land, wo die, die Werte schaffen, vor Gericht kommen!"

Werte geschaffen? Der Aktienkurs ist durch die "Übernahmeschlacht" in die Höhe geschneit, den Aktionären zur Freude; das sei ihnen gegönnt. Aber Werte geschaffen? In Deutschland? Der Aktienkurs, die Bewertung des Firmenwertes, war kurzzeitig explodiert - und ging hernach auf alte Niederungen, auf den Boden der Tatsachen zurück.

Und Herr Esser, der seine Dotation am Erfolg gemessen haben möchte? - Leiden wir nicht seit geraumer Zeit darunter, dass wir zunehmend eine Erfolgsgesellschaft geworden sind, statt eine Leistungsgesellschaft geblieben zu sein? - Wem und welchen Rahmenbedingungen, welchen externen Faktoren also hat denn der Herr Esser diesen "Erfolg" mit zu verdanken? Seine eigene Leistung war sicher exzellent. Hätte er aber auch bei Misserfolg mit 30 Millionen gehaftet? Waren für ihn Erfolg und Risiko annähernd identisch?

Fazit: Auch die Wirtschaft, ist nicht stets besser vertreten als unsere Politik. Sie steht nur nicht so bedingungslos im Licht einer sensationsgierigen Öffentlichkeit. Vielleicht sollten wir deshalb mehr Augenmerk auf wirtschaftliche Zusammenhänge und Entscheidungen richten. Deutschland heute braucht Wertebewusstsein und Orientierung. Mit Gerhard Schröder und seiner Mannschaft ist das nicht zu schaffen!

*Ernst-Ulrich Pfeifer*

### Scheiben für die Fronten

## Scheiben-Doktor

### Ihr Auto-Glas-Profi

- Windschutzscheiben-Reparatur
- Windschutzscheiben-Austausch
- Autoglasveredelung durch Tönungsfolien
- Flachglasveredelung durch Tönungsfolien

Wasserkunststr. 31-35 • 39124 Magdeburg  
Tel. 0391 255540 • Fax 0391 2555424

Internet: [www.scheiben-doktor.de](http://www.scheiben-doktor.de)  
E-Mail: [scheibendoktor-md@t-online.de](mailto:scheibendoktor-md@t-online.de)

## Fußball-Weltmeisterschaft 2006 muss in München eröffnet werden

Der Bundesminister des Innern, Otto Schily, und die Bundesregierung bleiben sich treu: Öffentlichkeitsarbeit, Propaganda und Selbstdarstellung sind ihnen wichtiger als Inhalte. Nach ihrem Willen soll die Eröffnungsfeier für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Berlin stattfinden und von dem sportlichen Topereignis, dem Eröffnungsspiel in München, abgekapselt werden.

Zusätzliche Millionen Steuer-gelder sind notwendig, um den Selbstdarstellungsdrang dieses Ministers und dieser Regierung zu befriedigen.

Wenn es ansonsten um Gelder für den Sport geht, gibt sich Schily zugedeckt. Steuerliche Verbesserungen für Sportvereine blockt er ab, Investitionen für den Spitzensport streicht er radikal zusammen, den Goldenen Plan Ost wird es nach seinem Willen ab 2005 nicht mehr geben und für bürgerschaftliches Engagement lehnt er jede Verbesserung ab.

Wie kein anderer Sportminister vor ihm sonnt sich Schily im Glanz und Glamour sportlicher Großveranstaltungen und Galas. Ungezählt seine Auftritte mit Sportgrößen, die der Bundeskanzler wegen Steuerflucht gesellschaftlich geächtet wissen will. Dagegen erschien er in fünfeinhalb Jahren nur drei Mal im Sportausschuss. Dies zeigt Schilys Wertschätzung gegenüber dem Parlament und für Inhalte bei Spitzen- und Breitensport.

Die Eröffnungsfeier gehört zum Eröffnungsspiel.

Der Sport steht im Mittelpunkt der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 - nicht parteipolitisches Kalkül und die Eitelkeiten eines Ministers und der Regierung.

*Bernd Heynemann, MdB*

## Gedenken an die Zerstörung Magdeburgs



Am Abend des 16. Januar 1945 wurde Magdeburgs Innenstadt von einem Feuersturm unbekanntem Ausmaßes fast völlig zerstört, nachdem sie Ziel der alliierten Bomberverbände war. Die Bevölkerung Magdeburgs musste an diesem Abend einen hohen Blutzoll für die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes zahlen.

Am 59. Jahrestag dieser schrecklichen Ereignisse legten Vertreter der Stadt, des Landes und zahl-

reicher weiterer Organisationen Kränze an der Gedenkstätte für die Opfer dieses entsetzlichen Ereignisses nieder. Neben den offiziellen Vertretern waren auch zahlreiche Bürger dem Aufruf zur Teilnahme an der Gedenkfeier gefolgt.

Im Namen des CDU-Kreisverbandes legte der CDU-Kreisvorsitzende und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Jürgen Scharf und als Vertreter der CDU-Ratsfraktion der Landeshauptstadt Magdeburg der Stadtrat Ulrich

Germer einen Kranz am Ehrenmal nieder.

In seiner Rede betonte Dr. Trümper die Verantwortung jedes Einzelnen für die Erhaltung des Friedens.

Die Erinnerungen, nicht nur an die Ereignisse im Januar 1945, sollten alle Magdeburgerinnen und Magdeburger stets an die Bedeutung von Frieden für Wohlstand und persönliches Glück erinnern.

*Text und Foto:*

*Tobias Krull, CDU-Stadtrat*



## OB Trümper gegen Stadtrat und Flugplatz

In einer für seine Verhältnisse fast exzessiven Art und Weise wendete sich Oberbürgermeister Dr. Trümper an die breite Öffentlichkeit, um sich selbst einmal zu loben:

In der Volksstimme vom 26.1. ist der "Ausbruch" unseres OB zu lesen gewesen, ein Leserbrief auf Seite 9! Eine wahrhaft angemessene Positionierung für die Auffassung des OB in einer für die Stadt und Region entschieden wichtigen Angelegenheit. Dennoch: Dank seiner von ihm selbst sich attestierten "Adleraugen" wird auch ihm dieser Beweis kommunaler Selbstentäußerung kaum verborgen geblieben sein. Wie wird er sich gefreut haben! Tatsache ist: In dumpfer Beharrlichkeit beschwört der OB einmal mehr seinen für den Flugplatz Magdeburg letztendlich zerstörerischen Standpunkt, dass nämlich der "Ausbau des Flughafens nur machbar ist, wenn das Land sich an den Kosten beteiligt oder

durch die vom Stadtrat beschlossene Ausschreibung ein privater Investor gefunden wird". Seine Konsequenz: Der Flughafen wird verleugnet bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Der OB von Buddes Gnaden pariert und macht Männchen, auch jetzt noch...

Denn es geht ja gar nicht nur um den "weiteren Ausbau" des Flugplatzes; es geht um seine Existenz! Die ist von zwei Faktoren abhängig:

1. Der Flugplatz muss ausgebaut werden, um den ab 2005 geltenden Richtlinien zu entsprechen. Tut er dies nicht, darf er seine jetzigen Funktionen als Flugplatz größtenteils nicht mehr erfüllen. Er wäre nur noch ein Sportflugplatz.

2. Der Ausbau des Flugplatzes muss vor dem Auslaufen des rechtswirksamen Planfeststellungsbeschlusses begonnen haben, das ist Dezember 2004. Ein neues Planfeststellungsver-

fahren wird es nicht geben.

Diesen Konsequenzen setzt der Oberbürgermeister dieser Stadt nicht nur nichts entgegen, sondern er steuert im geheimen Einvernehmen mit dem Wirtschaftsminister und dem Verkehrsminister dieses Landes statt dessen einen "Magdeburger Weltflughafen" in Cochstedt an. Auf der Jagd nach einer Fata Morgana verweigert er der Stadt, der Region und dem Land, was seines Amtes ist. Er lässt zu diesem Zweck auch Ratsbeschlüsse "leer laufen", indem er sie einfach nicht befolgt. Getreu seinem Amtsverständnis: Nur wenn ein Ratsbeschluss der Argumentation des Oberbürgermeisters folgt, befolgt der Oberbürgermeister auch den Ratsbeschluss!

Wie übrigens muss es um das Selbstverständnis der Mitglieder des demnächst neu zu wählenden Stadtrates stehen, wenn sie sich derartig vorführen lassen?

*Ernst-Ulrich Pfeifer*

## Steinecke kämpft um Arbeits- und Ausbildungsplätze

Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke (CDU) hatten sich Wolfgang März (Industrie- und Handelskammer Magdeburg), Dr. Ulrich Cramer (Wirtschaftsministerium) sowie Burghard Grupe (Handwerkskammer Magdeburg) mit den Experten der Agentur für Arbeit (ehemals Arbeitsamt) über eine Verbesserung vorhandener Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt beraten. "Wir wollen möglichst vielen Arbeit Suchenden neue Perspektiven in Magdeburg und Sachsen-Anhalt bieten", sagte Steinecke. "Einen guten Ansatz bietet das GAJL-Modellprojekt, mit dem vor allem junge Leute aus überbetrieblicher Ausbildung nach einer kurzen Qualifizierungszeit in ein Anstellungsverhältnis vermittelt werden." Gemeinsam wollen sich Politik und Wirtschaft nun verstärkt dafür einsetzen, jungen Fachkräften in der Region Magdeburg eine Arbeit anzubieten. "Die Agentur für Arbeit kann selbst keine neuen Arbeitsplätze schaffen, doch in enger

Kooperation mit den Privatunternehmen und Kammern lässt sich einiges bewegen", sagte der Magdeburger Agentur-Direktor, Wolfgang Meyer. Steinecke hatte sich in den vergangenen Wochen dafür eingesetzt, dass 30 Teilnehmer des GAJL-Modellprojektes in Magdeburg einen Praktikumsplatz und einen Anstellungsvertrag erhalten. "Mit Hilfe des Ausbildungsverbundes ABV konnte bereits für 26 junge Fachkräfte ein Praktikum vereinbart werden", sagte der CDU-Landtagsabgeordnete. "Zumindest die Hälfte von ihnen hat auch sehr gute Chancen, nach dem Praktikum dauerhaft in Lohn und Brot zu kommen." Gemeinsam mit dem ABV wolle er auch die verbliebenen vier GAJL-Teilnehmer bei der Arbeitsplatzsuche unterstützen.

"Generell ist unser Problem, dass mittlerweile nur noch knapp 55 Prozent der Jugendlichen unserer Region in die duale Ausbildung kommen", sagte Meyer. Und seiner Ansicht nach seien angesichts

der schwierigen wirtschaftlichen Lage die Möglichkeiten der meisten Unternehmen im Land mittlerweile fast ausgeschöpft. "So bleibt für viele junge Leute nur eine überbetriebliche Ausbildung, in der es manchmal an einer ausreichenden betrieblichen Praxis fehlt. Und wir müssen uns fragen, ob überhaupt die richtigen Berufe in diesen Ausbildungen angeboten werden", ergänzte Meyer. Statt einer übergroßen Zahl an Büroberufen und Berufen im kaufmännischen Bereich, sollte doch lieber Berufe im verarbeitenden Gewerbe angeboten werden, die auch auf dem Arbeitsmarkt von Sachsen-Anhalt gute Chancen haben. "So können wir beispielsweise Schlossern und Schweißern ohne große Wartezeit eine Stelle anbieten."

Und Steinecke unterstrich: "Arbeitsplätze schafft die Wirtschaft. Doch die Politik muss dafür sorgen, dass unsere Firmen hier bleiben und neue Unternehmen sich ansiedeln." Der Landtagsab-

geordnete verwies auf die frühere Industriegeschichte seines Wahlkreises, wo früher Zehntausende Magdeburger bei Großunternehmen wie SKL oder SKET beschäftigt waren, heute aber nur ein Bruchteil der Mitarbeiter arbeitet. Der Landtagsabgeordnete bemüht sich - soweit dies möglich ist - auch darum, Aufträge für Magdeburger Unternehmen an Land zu ziehen. "Ich sehe beispielsweise ein großes Potential in den osteuropäischen Ländern, beispielsweise Polen oder die Ukraine." Dort seien noch immer Hunderte Dieselaggregate, Maschinen und Anlagen aus Magdeburg im Einsatz. "Wie wäre es, wenn wir nun Ersatzteile liefern oder Reparatur- und Neuaufträge vereinbaren könnten? Damit würde die Auftragslage bestehender Unternehmen verbessert werden und vielleicht könnten sogar etliche neue Stellen geschaffen werden", zeigte sich Steinecke optimistisch.

Thomas Nawrath  
(Abgeordnetenbüro D. Steinecke)

**harzdruckerei**  
Wernigerode

**BEEINDRUCKEN**

max-planck-straße 12/14  
38855 wernigerode  
fon 0 39 43/54 24 - 0  
fax 0 39 43/54 24 - 99  
mail info@harzdruck.de  
net www.harzdruck.de

### Gutti's Party-Service

- Kalte Platten
- Kalte Büffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten



**Jetzt neu: Schlemmen wie bei Mutttern zu Hause**

*Gutti kocht selbst*

<b>Wo?</b>	Westheim, Neustädter Bierweg, 39110 Magdeburg	
<b>Wann?</b>	jeden Mittwoch ab 17.00 Uhr	
<b>Was?</b>	• Großes Eisbein, Sauerkraut, Salzkartoffeln, Senf, Meerrettich	7,50 €
<b>Westheim</b>	• Deftige Haxe, Sauerkraut, Salzkartoffeln, Senf, Meerrettich	7,00 €
	• Babyhaxe, Sauerkraut, Salzkartoffeln, Senf, Meerrettich	5,00 €
	• Pökelnacken, Meerrettichsoße, Salzkartoffeln	6,00 €

Wir vermitteln Partyräume (25/50/60 Personen)  
Partyzubehör (Tische, Stühle, Geschirr u.v.m.)

Bestellannahme: Di-Fr 10.00-18.00 Uhr und nach Vereinbarung  
Inhaber: B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg

**Telefon: 0391 7221326**

## Europawahlkampf mit Schnellhardt, Mehnert und Wybrands -

Die Europawahlen am 13. Juni des Jahres werfen ihre Schatten voraus. Am 20. Januar nominierten rund 100 Delegierte der CDU Sachsen-Anhalt in der Landesgeschäftsstelle in Magdeburg die Kandidaten für das Europaparlament in Straßburg.

Dabei gab es spannende Kampfabstimmungen um Platz zwei der Liste des Landesverbandes, die letztlich die Kandidatin des Landesverbandes der Jungen Union, Alexandra Mehnert, für sich entscheiden konnte. Damit hat die stellvertretende Kreisvorsitzende aus Magdeburg gute Chancen hinter dem Erstplatzierten und langjährigen Europaabgeordneten, Dr. Horst Schnellhardt, ins Europäische Parlament einzuziehen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die CDU Sachsen-Anhalt ein gutes Wahlergebnis erzielt und wieder mit zwei Abgeordneten im Europaparlament vertreten ist.

Auf den wenig aussichtsreichen dritten Platz wählten die Delegierten die Magdeburger Landtagsabgeordnete Eva Wybrands, die als Kandidatin und mit Unterstützung des CDU-Kreisverbandes Magdeburg ins Rennen gegangen war. Erfreulich aus Magdeburger Sicht ist auf alle Fälle, dass nun gleich zwei Bewerberinnen aus der Landeshauptstadt auf chancenreichen Plätzen nominiert sind.

In seinen Begrüßungsworten betonte Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Prof. Dr. Wolfgang Böhmer welche Bedeutung die Europäische Union und deren Politik für Sachsen-Anhalt inzwischen habe. Europäische Rechtsnormen hätten wachsende Bedeutung für die Rechtsetzung in Bund und Ländern. Deshalb müsse die Politik auf europäischer Ebene sehr ernst genommen werden. Die beschlossene Erweiterung der EU um weitere zehn Staaten zum 1. Mai diesen Jahres sah Böhmer durchaus als Chance, forderte jedoch dazu auf, die berechtigten Interessen des Landes in Brüssel offensiv zu vertreten.

Hintergrund dieser Forderung sind die drohenden Reduzierungen der Brüsseler Regionalförderung für die



*Führt wieder die Liste des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt an: Dr. Horst Schnellhardt aus Halberstadt, Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1994.*

neuen Bundesländer angesichts der Erweiterung der EU um noch ärmere Mitgliedstaaten und Regionen. Brüssel plant deshalb, die Förderung der heutigen Höchstfördergebiete spürbar zu senken, ohne dass die neuen Länder das Wohlstandsgefälle zu den westlichen Regionen der EU bereits aufgeholt hätten. Eine Senkung der Beihilfen aus Brüssel würde jedenfalls die Haushaltsprobleme Sachsen-Anhalts weiter verschärfen und die Verteilungskämpfe zusätzlich anheizen, sind sich Fachleute einig.

Klarer Verlierer des Nominierungsparteitags war eindeutig der bisherige Europaabgeordnete Karsten Knolle, der nach der Niederlage im Kampf um Platz Zwei seine Kandidatur zurückzog.

Auf den weiteren Listenplätzen wurden in der Reihenfolge Alexander von Bismark (Altmark), Erich Eckart (Merseburg-Querfurt) und Dirk Schroeder (Saalkreis) gewählt.

Die Bewerbungsreden der Magdeburger Kandidatinnen sind in dieser Ausgabe wörtlich abgedruckt. *wik*

### **Mehnert: "Ich möchte Botschafterin für Europa sein"**

"Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, mein Name ist Alexandra Mehnert, ich bin 29 Jahre alt, von Beruf Politikwissenschaftlerin und bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wendgräben als wissenschaftliche Mitarbeiterin beschäftigt.

Zur Jungen Union und CDU kam ich

mit 15 Jahren im März 1990. Es war die Grundeinstellung Helmut Kohls, die mich überzeugte, der seine Visionen der Deutschen Einheit und der Europäischen Union nie verleugnete und auch nie voneinander trennte.

Ich gehöre einer Generation an, die noch in jungen Jahren die Vereinigung Deutschlands erleben durfte und nun auch an der Erfüllung der zweiten großen Vision teilhaben darf. Wir kommen einem zusammenwachsenden Europa gerade in diesem Jahr und auch in den nächsten Jahren mit großen Schritten näher. Ich bin dankbar dafür, diesen Prozess miterleben zu dürfen, aber ich möchte ihn auch mitgestalten!

Nach dem Gipfel von Kopenhagen werden zehn weitere Mitglieder in die EU aufgenommen. Dass es gerade Staaten aus Mittel- und Osteuropa sind, zeigt auf, dass wir in Europa alte Kluften überwunden haben und eine Zukunft vor uns haben mit großen Chancen für die Menschen. Aber diese Chancen müssen auch aufgezeigt werden, der europäische Gedanke ins Land getragen werden, um Ängste und Vorbehalte, die es gibt, auszuräumen.

Für Deutschland ist es in Zukunft wichtig, das Vertrauen in unsere Zuverlässigkeit, welches der Bundeskanzler durch die Aushöhlung des Stabilitätspaktes aufs Spiel gesetzt hat, zurückzugewinnen. Das müssen wir anpacken, denn wir sind und bleiben die Europapartei in Deutschland!

**Weshalb nun hat mich die Junge Union vorgeschlagen und was sehe ich - neben dem bereits Gesagten - als meine Aufgaben an?**

Schon während meines Studiums arbeitete ich als freie Mitarbeiterin für die Konrad-Adenauer-Stiftung und betreute in diesem Zusammenhang auch das Thema Europa. Und: Europa war ein Schwerpunkt meines politikwissenschaftlichen Studiums. Ein Inhalt war hier die Arbeit des Ausschusses der Regionen.

Beim Abbau von Vorurteilen liegt bei der politischen Bildung eine hohe Verantwortung, dem Bereich, in dem ich meine beruflichen Wurzeln habe.



*Auf Platz 2 der CDU-Landesliste: Alexandra Mehnert, 29 Jahre jung, seit 1998 stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende in Magdeburg.*

Das ist das Gebiet, das ich gut kenne durch europäische Austauschveranstaltungen mit polnischen, lettischen und tschechischen Gruppen und des weiteren Trainings zum Abbau von Vorurteilen für viele Zielgruppen, die ich in Wendgräben seit mehreren Jahren betreue. Da sehe ich auch gute Anknüpfungspunkte für mich auf europäischer Ebene.

Ein Aufgabengebiet, das in den nächsten Jahren immenses Augenmerk verlangt, ist das Verhältnis zwischen Europa und den Regionen. Dabei geht es um Kompetenzverteilung. Immer mehr Entscheidungskompetenz geht nach Europa, aber es muss schon sicher sein, dass das Subsidiaritätsprinzip seine Gültigkeit behält und Hilfe von größeren auf kleinere Ebenen Hilfe zur Selbsthilfe bleibt. Dafür möchte ich mich einsetzen!

Ich möchte eine Vermittlerin zwischen den Bürgern unseres Landes und Europa sein. Dabei sehe ich es als Verpflichtung an, im gesamten Wahlbereich, dem Land Sachsen-Anhalt, präsent zu sein.

Ich möchte - wenn ich die Chance dazu bekomme - eine Botschafterin für Europa sein. Eine Botschafterin für eine europäische Identität, die endlich Realität werden kann! Wenn wir das herüberbringen, können wir auch andere auf dem Weg mitnehmen! Gelingt uns das nicht, werden wir das Ziel Europa nicht erreichen. Nur wer brennt, kann andere entflammen! Das möchte ich mit aller Kraft tun. Und diese Kraft biete ich Ihnen heute an, ohne wenn und aber. So habe ich Aufgaben immer verstanden. *Fortsetzung Seite 9*

# Überraschende Kandidatenaufstellung für die Europawahl

Gerade unsere Generation und die folgenden Generationen können dankbar sein für die Entwicklungen der letzten Jahre. Und ich habe es so gelernt, wenn man dankbar ist, sollte man bereit sein, etwas zurückzugeben. Ich möchte dieser Idee Europa dienen und würde meine Heimat, das Land Sachsen-Anhalt, gerne als Landeskind in Europa vertreten. Ich würde mich freuen, hierfür Ihre Unterstützung zu bekommen und mit Ihnen gemeinsam nach Europa zu gehen. Vielen Dank!"

Alexandra Mehnert

## Wybrands: "EU steht vor ihrer größten Herausforderung"

"Liebe Parteifreunde, am 1. Mai wird die EU um zehn weitere Länder reicher. Die Bundesregierung hat durch ihr mangelndes diplomatisches Verhandlungsgeschick maßgeblich zum Scheitern der EU-Verfassung beigetragen. Damit steuert die EU auf ihre größte Krise zu.



Eva Wybrands, MdL auf Platz 3 der CDU-Landesliste nominiert, ist Landesvorsitzende der Frauen-Union und europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

Und die Abgeordneten stehen vor ihrer größten Herausforderung.

### Was will ich konkret?

1. einen fairen Ausgleich zwischen den neuen und den alten Mitgliedstaaten
  2. mehr Sicherheit für die Bürger
  3. Stärkung der Regionen.
- Europa hat viele Facetten, aber machen wir uns nichts vor, für uns ist

in erster Linie der finanzielle Aspekt wichtig: Die zukünftige Finanzierung der EU! Viele von Ihnen wissen, dass ich mich schon lange für einen vernünftigen Einsatz der Fördermittel einsetze. Und auch die Frage: - welche Förderung ist für Sachsen-Anhalt ab 2007 möglich, ist für mich von zentraler Bedeutung!

Ich erinnere daran, dass wir in der laufenden Förderperiode mehr als 30tausend Arbeitsplätze schaffen konnten- Aschersleben hat fast so viele Einwohner. Natürlich auch Bestandssicherung. Aber nur mit Forderungen allein kommen wir nicht viel weiter. Da werden Sie mir zustimmen. Es muss einen fairen Kompromiss geben zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern. Deshalb habe ich mit der Agenda Strukturfonds 2007-2013 Vorschläge für eine Gestaltung der weiteren Förderung gemacht. Diese liegen momentan im Landtag vor, dort wird darüber beraten und dann in Brüssel vorgestellt. Sachkompetenz und Leidenschaft, mit kühlem Kopf und heißem

Herzen streiten, nur das hilft unserem Land einen Platz in Europa zu sichern.

Unerlässlich ist auch meine 2. Priorität: das Sicherheitsbedürfnis unser Bürger.

Sie erinnern sich an meine 1. Sicherheitskonferenz? Mit Sicherheit kommt da in den nächsten Jahren etwas auf uns zu - als organisierte Kriminalität. Und wir haben ausreichend Phantasie, um uns vorzustellen, was allein durch das Internet an krimineller Energie noch möglich wird. Grenzüberschreitende polizeiliche Maßnahmen sind zwingend erforderlich.

Die Stärkung der Regionen. Die Europäische Kommission höhlt die kommunale Selbstverwaltung aus. Gegen diese Angriffe habe ich mich bereits auf Landesebene stark gemacht. Das will ich nun auch in Brüssel tun, denn die kommunale Selbstverwaltung ist ein Stück Deutschland und ein Stück Bürgernähe und das liegt mir am Herzen.  
Ihre Eva Wybrands"

## DAS LETZTE GROSSE ABENTEUER

# BAU-GMBH-GESCHÄFTSFÜHRER IN DEUTSCHLAND

Montag, 8.00 Uhr, Bürobeginn in einem mittelständischen Magdeburger Unternehmen. Gut gelaunt betritt der Chef das Büro. Die Post war heute früh da, er macht sich dabei, durchzusehen, was da gekommen ist.

**1. Post vom Steuerberater**  
Die Sozialabgaben werden ab 2004 wieder steigen.

**2. Post vom Gericht**  
Klage gegen Bauunternehmer XY ist wegen fehlender Insolvenzmasse abgewiesen.

**3. Post vom Finanzamt**  
Lieber Unternehmer, schon dass du so fleißig warst, wir halten gleich nochmal die



Hand auf.

**4. Post von der Stadt**  
Der Gewerbesteuerhebesatz wird angehoben.

**5. Post von der IHK**  
Die Beiträge steigen auch in diesem Jahr.

**6. Post vom Arbeitgeber**  
Die Kündigung des Arbeitnehmers ist nicht rechtens, da die Sozialauswahl nicht berücksichtigt wurde.

**7. Schreiben vom Auftraggeber**  
Der Nachtrag 301... kann Ihnen leider noch nicht bestätigt



Wo sind meine Herztabletten?

werden, da der Bewilligungsschuss noch nicht geragt hat. Leider arbeiten die Mitarbeiter nicht so schnell.

**8. Post von der Geschäftsbank**  
Bezüglich „Basel II“ benötigen wir noch Augenfarbe und Gewicht der Mitarbeiter und der Führungsebene sowie die Anzahl der gelagerten Schrauben. Die Zuarbeit hat bis morgen pünktlich um 12.00 Uhr zu erfolgen.





**Nehmen Sie teil am letzten großen Abenteuer. Wie? Natürlich durch AUFTRAGS-ERTEILUNG!**



**SPOMA**  
Parkett und Ausbau GmbH  
Sozialstraße 43/44  
39126 Magdeburg  
Telefon: (0391) 507090  
E-Mail: schlagmann@spoma.com

Als kompetenter Partner für Trocken- und Akustikbau, Parkett- und Fliesenarbeiten, Sportstättenbau und Generalvertretung für Innenausbau

## Koalition verschleppt Graffiti-Bekämpfung

Seit über einem Jahr verzögert Rot-Grün eine Entscheidung über Gesetzentwürfe der Opposition zur maßvollen Verbesserung der Rechtslage bei der Graffiti-Bekämpfung. Die Koalition ist zerstritten und ein angekündigter eigener Gesetzentwurf ist immer noch nicht fertig. Schon in der letzten Legislaturperiode (1998-2002) hatte Rot-Grün verhindert, dass das Problem gelöst wird. Deshalb hat die Union einen Bericht des Rechtsausschusses im Plenum des Deutschen Bundestages durchgesetzt (Bundestagsdrucksache 15/2325). Graffiti verursacht riesige volkswirtschaftliche Schäden. In Deutschland entstanden nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages im Jahr 2002 Kosten von über 200 Mio. Euro nur für Graffitibeseitigung, etwa 50 Euro pro Quadratmeter, oft zusätzlich Gutachterkosten. In Berlin allein sind es jährlich 50 Mio. Euro, davon 15 Mio. Euro bei den Verkehrsbetrieben. Hier gibt es jährlich etwa 7000 Ermittlungsvorgänge. Auch in kleineren Städten grassiert das Fie-

ber. In Koblenz zum Beispiel wurden im Jahr 2002 2000 Fälle zur Anzeige gebracht.

Aufgeklärt wird es so gut wie nie, unter ein Prozent. Sanktionen brauchen die Schmierer nicht zu befürchten. Dies gilt auch für unsere Landeshauptstadt Magdeburg!

Die Beratungen im Rechtsausschuss werden aber seit Monaten von der Mehrheit der Regierungskoalition verzögert. Rot kündigt Einigungswillen an, Grün blockiert, das Ergebnis ist Stillstand.

Dabei hat die öffentliche Sachverständigenanhörung des Rechtsausschusses unzweifelhaft gezeigt: Unerwünschte Graffiti gehören ins Strafgesetzbuch. Der Tatbestand der Sachbeschädigung ermöglicht derzeit keine praktikable Verfolgung, da dem Täter eine Substanzverletzung der Sache nachgewiesen werden muss. Das erfordert zeit- und kostenaufwändige Gutachten, die wegen der unklaren Gesetzeslage meist dennoch nicht zu einer Strafbarkeit führen.

Verheerend sind die sozialen und städtebaulichen Folgen dieses nur vermeintlich kleinen Misstands: ganze Straßenzüge, Plätze und Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs bieten ein Bild der Verwahrlosung. Zahlreiche Straßenzüge entleeren sich und verslumpen als Folge von Graffiti. Die Sozialstruktur der Bewohner engt sich ein auf die, die sich einen Umzug nicht leisten können. Mietminderungsklagen werden erhoben und beschäftigen die Gerichte. Gebäude- und Grundstückspreise sinken. Ein Gefühl der Unsicherheit macht sich breit. Konsequentes Vorgehen gegen so genannte Bagatelldelikte wie Graffitischmierereien hat sich eindeutig als erfolgreich bei der Kriminalprävention erwiesen - vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Das Besprühen der weißen Wände anderer Leute oder von Bussen und Bahnen ist eben keine Bagatelle, genau so wenig wie Ladendiebstahl. Das muss deutlicher gemacht werden als bisher. All das hat die Kriminalitätsforschung mit ihrer "Broken-Windo-

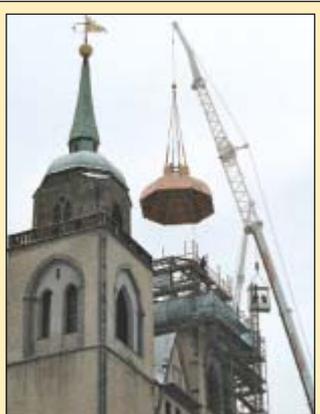
ws-Theorie" wissenschaftlich nachgewiesen und die Praxis in anderen Ländern hat es längst belegt.

Derweil wächst der Schaden bei uns Tag für Tag und Monat für Monat; jeden Tag über eine halbe Mio. Euro, jeden Monat über 16 Mio. Euro. Berlin musste inzwischen eine Gemeinsame Ermittlungsgruppe aus Polizei und Bundesgrenzschutz "Graffiti in Berlin" (GIB) einsetzen - und sie bezahlen.

Ein Ermittler ist bereits von ertappten Sprayern niedergestochen worden, ein anderer wurde einen Treppenaufgang herunter gestoßen und schwer verletzt.

Einzelne organisierte Gruppen vermarkten ihre Graffiti-Bildbände und Videofilme auf einem grauen Markt. In dieser Szene werden Claims abgesteckt. Die Kämpfe werden immer gewalttätiger. Allein in Berlin sind 3.000 bis 4.500 Sprayer in 150 Gruppen ("Crews") organisiert. Schluss damit! Die Bundesregierung muss endlich Verantwortung übernehmen.

Bernd Heynemann, MdB



Bürger gestalten ihre Stadt. Dank dem überwältigenden und vorbildlichen Bürgerengagement, z.B. von Unionsfreund Rainer Riegg, konnte eine Wunde des Bombenkrieges von 1945 wieder geheilt werden. Die Johanniskirche hat ihren zweiten Turm zurück und damit wenigstens äußerlich wieder ihr historisches Aussehen. Ein Stück der einst prächtigen Stadtsilhouette ist damit wiederhergestellt und trägt so dazu bei, die angeschlagene Identität vieler Magdeburger zu stärken.

## Bernd Heynemann feierte im Doppelpack

Anlässlich seines 50sten Geburtstags begrüßte der ehemalige FIFA-Schiedsrichter und jetzige CDU-Stadtrat und seit 2002 auch CDU-Bundestagsabgeordneter Bernd Heynemann am 22. Januar rund 150 Gäste.

In seiner Rede erwähnte er neben seinen sportlichen, beruflichen und politischen Weggefährten vor allem seine Freunde und Familie und dankte für deren Unterstützung. Zur großen Überraschung wohl fast aller Gäste gab er bekannt, seine Lebensgefährtin Britta Falk, mit der er auch eine kleine Tochter hat, wenige Stunden zuvor geheiratet zu haben. So konnte man nicht nur dem Geburtstagkind die besten Wünsche übermitteln, sondern auch gleich dem jungen Eheglück eine segensreiche gemeinsame Zukunft wünschen. Der Jubilar hatte die Gäste gebeten, auf Geschenke und Blumengrüße zu verzichten und bat statt-

dessen um Geldspenden für die Universitätskinderklinik Magdeburg. Damit verband er erneut persönliche Belange mit sozialem Engagement.

Tobias Krull  
CDU-Stadtrat

*Foto unten: Die Stadträte Gunter Schindehütte und Tobias Krull gratulieren ihrem Stadtratskollegen Bernd Heynemann.*

*Foto rechts: Bernd steckt seiner Britta noch einmal symbolisch den Ring an den Finger.*



## Sport und Politik unterstützen Ausbau der Bördelandhalle

### Steinecke: "Magdeburg braucht gute Mischung von Breiten- und Spitzensport"



Seit Wochen gibt es in den Medien der Region eine kontroverse Debatte über den Ausbau der Bördelandhalle in Magdeburg. Um sich über die konkreten Pläne zu informieren, sprachen der Vorstandsvorsitzende des Stadtverbands, Dieter Steinecke, und der sportpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wigbert Schwenke, deshalb vor kurzem mit dem Leiter des Olympiastützpunktes Magdeburg/Halle, Bernd-Uwe Hildebrandt.

Gegenwärtig verfügt die Bördelandhalle mit Zusatzbestuhlung über lediglich 6000 Sitzplätze, so dass zahlreiche Handballspiele des SC Magdeburg bereits Wochen zuvor ausverkauft sind. "Außerdem verhindern bisher technische Unzulänglichkeiten, dass große Show-Veranstaltungen, Konzerte, Kongresse oder Fernsehproduktionen wie "Wetten dass ...?" in der Magdeburger Halle stattfinden", erläuterte Hildebrandt. Mittlerweile seien die Pläne für den

geplanten Umbau weitgehend komplett und erste Absprachen mit Partnern in Stadt und Region seien gelaufen. "Wir wollen alles tun, um Magdeburg dauerhaft als Sport-, Kultur- und Kongresszentrum zu etablieren."

Dabei hat Hildebrandt, der zugleich auch Manager der SCM-Handballer ist, sowohl die Interessen des Breiten- als auch des Spitzensports im Auge: "Natürlich wollen wir gern interessante TV- und Großveranstaltungen nach Magdeburg holen. Aber weiterhin soll die Bördelandhalle zu mindestens 70 Prozent vom Sport genutzt werden." Damit sei eine wichtige Forderung des Sportbundes erfüllt, begrüßte Dieter Steinecke diese deutliche Aussage. "Magdeburg braucht eine gute Mischung von Breiten- und Spitzensport." Zugleich äußerte Handball-Fan Steinecke Verständnis für die Erweiterung der Hallenkapazität um 3500 Sitzplätze und der gastro-

nomischen Einrichtungen.

"Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es wichtig, dass dieser Umbau ohne zusätzliche Belastungen für die Landeshauptstadt realisiert wird", sagte Wigbert Schwenke, der auch für die CDU im Magdeburger Stadtrat sitzt. Deshalb begrüßte er Hildebrandts Pläne für eine private Betreibergesellschaft, die sich auch um die Refinanzierung der rund neun Millionen Euro teuren Hallen-Erweiterung kümmern soll. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Stadtrat einer langfristigen Vermietung an diese Betreibergesellschaft widerspricht", sagte Schwenke. Auf jeden Fall solle die Stadt Magdeburg weiterhin Eigentümerin der Halle bleiben. "Ganz abgesehen davon, dass das Bauvorhaben gerade auch für die Wirtschaft unserer Region lukrative Aufträge verspricht, die Arbeitsplätze vor Ort sichern helfen."

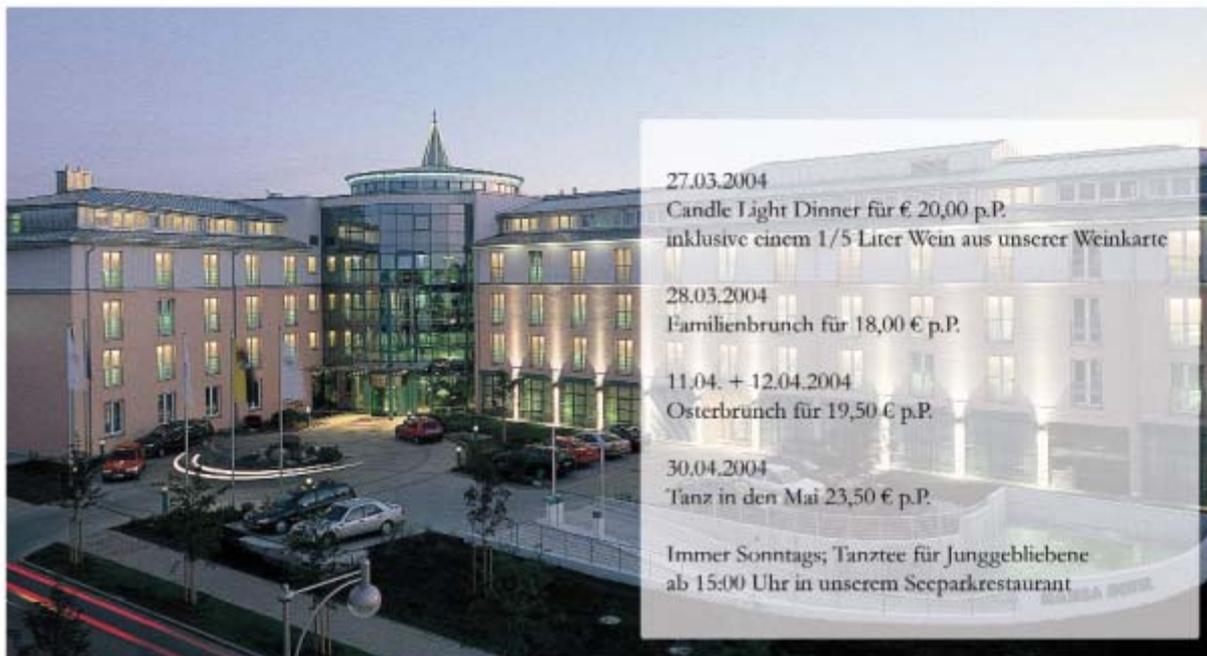
*Thomas Nawrath*

*(Abgeordnetenbüro Steinecke)*

RAMADA HOTEL MAGDEBURG ehemals TREFF Hansa Hotel Magdeburg



RAMADA



27.03.2004

Candle Light Dinner für € 20,00 p.P.  
inklusive einem 1/5 Liter Wein aus unserer Weinkarte

28.03.2004

Familienbrunch für 18,00 € p.P.

11.04. + 12.04.2004

Osterbrunch für 19,50 € p.P.

30.04.2004

Tanz in den Mai 23,50 € p.P.

Immer Sonntags; Tanztee für Junggebliebene  
ab 15:00 Uhr in unserem Seeparkrestaurant

RAMADA HOTEL MAGDEBURG

Hansapark 2 · 39116 Magdeburg · Tel. (03 91) 63 63-0 · Fax (03 91) 63 63-550

E-Mail: [magdeburg@ramada-treff.de](mailto:magdeburg@ramada-treff.de) · [www.ramada-treff.de](http://www.ramada-treff.de)

**EVERYTHING EXCEPT EXCESS!**

## Streitpunkt Musik konnte nicht ausgeräumt werden

### Gesprächskreis Wissenschaft debattierte mit Minister Olbertz

Magdeburg ist ein wichtiger Universitätsstandort. Lehre und Forschung werden maßgeblich darüber entscheiden, wie sich die Landeshauptstadt und das ganze Land Sachsen-Anhalt entwickeln. Daher sind die anstehenden Strukturentscheidungen zur Hochschullandschaft so eminent wichtig. Auf der Suche nach dem besten Reformkonzept macht sich die CDU für den intensiven Dialog mit den Entscheidungsträgern vor Ort stark.

Am 14. Januar 2004 kam der "Gesprächskreis Wissenschaft" einem Auftrag des letzten CDU-Kreisparteitages nach, das Gespräch mit den Verantwortlichen zur Zukunft der Magdeburger Hochschulen zu suchen. Auf Einladung von Dr. Carl-Gerhard Winter kamen 32 Professoren und Wissenschaftler der beiden Magdeburger Hochschulen und Kultusminister Prof. Olbertz zu einem zweieinhalbstündigen Gespräch im Landtag zusammen. Kreisvorsitzender Jürgen Scharf führte in die Thematik ein und mahnte an, die durch knappe Ressourcen erzwungene Profilbildung als Chance zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Forschung zu nutzen. Mittelmaß sei in der Forschung tödlich und so müssten die anstehenden Entscheidungen mit Sachkunde vorbereitet, beherzt gefällt und durchgesetzt werden.

Zur Zeit berät der Landtag das Hochschulgesetz und das Hochschulstrukturgesetz. Im letzteren werden Landtag und Landesregierung den Rahmen abstecken, den die Hochschulen durch ihre Lehr- und Forschungstätigkeit ausfüllen sollen.

Prof. Olbertz führte aus, die Hochschullandschaft des Landes Sachsen-Anhalt sei, gemessen an anerkannten Vergleichsparametern, zu teuer und ineffizient. Mit 320 grundständigen Fächern bei 80 Doppel- und Mehrfachangeboten halte Sachsen-Anhalt eine zu kleingliedrigere Forschungslandschaft vor. Die Universitäten und Fachhochschulen hätten die umstrittene Vorlage des Kultusministers aufgegriffen und pünktlich ihre Vorschläge - zum Teil auch Gegenvorschläge - erarbeitet. In

der Regel wurden die finanziellen Rahmenvorgaben eingehalten. Auf dieser Grundlage wird es in den nächsten Wochen und Monaten Einzelgespräche mit den Hochschulen geben. Damit nimmt die Erarbeitung neuer Zielvereinbarungen ihren Anfang, deren schrittweise Umsetzung zum Herbstsemester 2004/2005 beginnen soll.

Das Gesprächsforum bot die Möglichkeit, die Spezifika verschiedenster Fachrichtungen bis ins Detail zu diskutieren, das Konzept des Kultusministers kritisch zu hinterfragen, eigene Vorschläge vorzutragen, aber auch Wünsche und Erwartungen auszusprechen. Unbestritten ist die Otto-von-Guericke-Universität gut beraten, ein technikkaffines Selbstverständnis zu entwickeln, wie es die Landesregierung nahe legt. Das bedeutet aber auch, dass entsprechende Studiengänge stärker beworben werden müssen, denn leider sind gerade die Technikbereiche zum Teil schlecht ausgelastet. Einige Wissenschaftszweige hingegen leiden an Überlast. Auch wenn der Akademikerbedarf insgesamt steigt, sollten Studierende gerade hier ihre individuellen Ziele auf ihre Realisierbarkeit hin überprüfen. Eine Profilierung der Otto-von-Guericke-Universität im ingenieurwissenschaftlichen Bereich bedeutet jedoch keineswegs, dass medizinische und geisteswissenschaftliche Disziplinen in Magdeburg keine Zukunft haben. Vielmehr geht es darum, technisch-

naturwissenschaftlichen Studiengängen eine strukturprägende Vorrangstellung einzuräumen. In der Konsequenz können sich dann die anderen Fachgebiete in Struktur und Inhalt auf das entstehende Leitbild hin orientieren.

Die für Magdeburg wohl schwierigste Frage ist die der Zukunft der Lehrerausbildung. Diese soll nach den Plänen der Landesregierung perspektivisch nach Halle verlagert werden. Von dieser Verlagerung ausgenommen bliebe lediglich die Ausbildung von Berufsschullehrern. Was wird dann aber aus dem Institut für Musik (IMUS) an der Otto-von-Guericke-Universität? Die gegenwärtigen Institute in Magdeburg und Halle sind beide zu klein, um auf Dauer in hoher Qualität ausbilden zu können. Zugleich ist jedoch die Musikausbildung in Magdeburg zur Hälfte mit der Lehrerausbildung verkoppelt. Insofern wiegt das Argument des Kultusministers schwer, die Musikausbildung müsse zwangsläufig der Lehrerausbildung folgen. Hat dies zur Folge, dass die Musiklandschaft in Magdeburg verödet? Prof. Olbertz verneinte dies und verwies insbesondere auf die aus seiner Sicht weit größere Bedeutung des "Konservatorium Georg Philipp Telemann". Eine deutliche Anzahl von Skeptikern unter den Diskutanten konnte er damit nicht überzeugen. Mit großem Interesse wurden jedoch die Ausführungen des Kultusministers zu möglichen Kompensationen für die

Schließung des IMUS zur Kenntnis genommen. Der CDU-Kreisparteitag im Mai 2003 und die CDU-Ratsfraktion haben sich klar für den Verbleib der Musikausbildung in Magdeburg ausgesprochen. Aus dem Kultusministerium verlautet, man halte diese Option für unrealistisch. Der Gesprächskreis Wissenschaft konnte diesen Spannungsbogen nicht auflösen, aber er hat wesentlich zur Versachlichung der Diskussion und zur Erhöhung der Gesprächsfähigkeit aller Beteiligten beigetragen.

Hochschulausbildung bedeutet in Magdeburg auch Fachhochschulausbildung. Effizient und leistungsorientiert wird hier der berufliche Nachwuchs für den akademischen Arbeitsmarkt qualifiziert. Freilich müssen größere Effizienzgewinne durch die Kooperation der Otto-von-Guericke-Universität mit der Hochschule Magdeburg-Stendal eingefordert werden. Ferner müssen wir erwarten, dass die HS Magdeburg-Stendal ihr Profil schärft und auch bereit ist, sich auf Studiengänge zu konzentrieren, die den Absolventen gute Berufsaussichten bieten. Der Gesprächskreis Wissenschaft hat sich als ein geeignetes Forum erwiesen, Hochschulfragen für die Stadt Magdeburg ein Stückchen voranzubringen - im Interesse von Lehre und Forschung und der Stärkung unserer Stadt.

*Jürgen Scharf, Kreisvorsitzender  
Dr. Carl-Gerhard Winter, Vors. des  
Gesprächskreises Wissenschaft*

## Herzliche Glückwünsche

### Januar

Gerhard Wiederhold zum 88. Geburtstag  
Rosemarie Binder zum 74. Geburtstag  
Johanna Orling zum 70. Geburtstag  
Horst Oeltze zum 70. Geburtstag  
Karl Mawrin zum 67. Geburtstag

### Februar

Lisa Bader zum 80. Geburtstag  
Gerhard Nordt zum 75. Geburtstag  
Hans-Joachim Raabe zum 70. Geburtstag  
Lothar Thein zum 70. Geburtstag  
Benita Behrens zum 69. Geburtstag

Rosina Schoof zum 68. Geburtstag  
Gudrun Habenicht zum 67. Geburtstag  
Karl-Heinz Güssau zum 67. Geburtstag

### März

Wolfgang Klapper zum 80. Geburtstag  
Helga Janke zum 73. Geburtstag  
Josef Schwenke zum 73. Geburtstag  
Helga Beleth zum 72. Geburtstag  
Ulrich Germer zum 67. Geburtstag  
Jürgen Bethge zum 67. Geburtstag  
Lothar Henze zum 66. Geburtstag  
Dr. Walter Knigge zum 65. Geburtstag

## RCDS: "Engstirnige Hochschulpolitik schafft keine Zukunft!"

Viele in unserem Hochschulpolitischen Verband der Union (RCDS) haben sich jahrelang auf ein Ende der Politik von Ex-Kultusminister Harms (SPD) gefreut, aber mittlerweile ist die Freude der Ernüchterung gewichen. Es mag ehrenhaft sein, sich vor seine Landesregierung zu stellen, wie es Kreisvorsitzender Jürgen Scharf in seinem Beitrag im letzten Elbkurier getan hat. Aber es ist bedenklich, wenn Kritiker aus den eigenen Reihen verunglimpft und mit den immer gleichen inhaltsleeren Worthülsen abgespeist werden.

Das Ganze wird dann geradezu peinlich, weil das von Herrn Scharf behauptete "friedliche Treffen" von Kultusminister Olbertz mit dem RCDS gar nicht stattgefunden hat, weder auf Landesebene noch auf Gruppenebene. Es hat sich offensichtlich gezeigt, dass Minister Olbertz nicht der Mann ist, der die Interessen einer Volkspartei bündeln kann oder gar im Einvernehmen Lösungen findet. Ich denke dabei auch an die Behandlung des Beschlusses der CDU Magdeburg vom Mai 2003 zur Hochschulstrukturreform. Zunächst wurde der Beschluss der Basis völlig ignoriert und erst nach Monaten kam aus dem Kultusministerium eine nichtsagende Antwort, die z.B. den Gedanken nach einer abgestimmten länderübergreifenden Hochschulpolitik nicht einmal erwähnt. Jede Eingabe eines Bürgers wird korrekter bearbeitet als der Beschluss des CDU-Kreisverbandes der Landeshauptstadt.

Ich weiß auch nicht, was Hochschulautonomie mit "Sozialromantik" zu tun haben soll. Offensichtlich ist Selbstverwaltung und Selbstbestimmung eine notwendige Voraussetzung für exzellente Hochschulen, wie Beispiele aus den USA zeigen. Sparen ist enorm wichtig - schließlich muss unsere Generation noch 50 Jahre mit den Ergebnissen der jetzigen Politik leben und das Geld aufbringen, um die angehäuften Schulden zu bezahlen. Wir Studenten haben also ein großes Interesse an einer sinnvollen Mittelverwendung, also muss 1. im konsumtiven Bereich weniger ausgegeben werden und 2. ins Land investiert wer-

den, damit es aufwärts gehen kann. Folglich muss der "Spar-Rasemäher" eingepackt werden und Verwaltung, Soziales, Ökologisches und andere Relikte fetterer Zeiten auf den Prüfstand, bevor man an den Zukunftschancen kürzt. Hochschu-



*Demonstranten vor dem Landtag. Die angekündigten Sparmaßnahmen und Eingriffe in die derzeitigen Strukturen der Hochschulen mobilisieren Tausende von Studenten und Lehrkräften. Ob der Landtag die widerstreitenden Interessen durch eine gelungene Reform versöhnen kann, bleibt offen.*

len sind nahezu die einzige Chance, Know-how und gleichzeitig junge Menschen ins Land zu bringen. Also benötigt man wirklich gute Argumente, um gerade hier zu kürzen.

Mittlerweile hagelt es Kritik von allen Seiten. Die Demonstrationen machen dies deutlich. Die Sturheit des Ministers demotiviert die Hochschulleitungen, die Studierendenschaften, die gewählten Vertreter der Hochschulen, der Mitarbeiter und Studenten, das Personal im Kultusministerium und was vielleicht noch schlimmer ist, die Anhänger der "eigenen" Regierung.

Es ist insgesamt eine deutliche Politisierung der Studenten feststellbar, die vielleicht der CDU und unserer jungen Demokratie noch schaden wird, denn es findet eine Radikalisierung bei denen statt, die sowieso

nicht viel vom jetzigen System halten und diese unlogischen Pläne und die engstirnig-eloquente Art des Ministers zum Anlass einer Generalkritik nehmen.

Wir haben auch seitens des RCDS nachfolgende sachliche Verbes-

lungsvorschläge und Fragen an Jürgen Scharf heran getragen, ohne dass diese Punkte je ernsthaft zur Kenntnis genommen worden wären:

- Beteiligung der Studenten an den Kosten des Studiums (mit der Möglichkeit eines Bildungskredites für alle Studenten wg. "sozialer Gerechtigkeit")
- Einrichtung neuer Finanzierungsmodelle über Stiftungsuniversitäten, die sich selbst verwalten
- Bekämpfung der rot-grünen Einmischung von Bundesseite (Elite-Unis aufsetzen)
- Abwehr der Eingriffe in die Länderhoheit über Hochschulrahmengesetz des Bundes (z.B. verordnete Studierendenschaften mit allgemein politischen Mandaten)
- Verzicht auf 10 % Sparziel - besser Verkauf von Landesflächen oder

Abbau von Behörden

- Landtag muss über die Strukturen entscheiden
  - allgemeinpolitisches Mandat aus dem Gesetzentwurf des Kultusministers entfernen
  - eine medizinische Fakultät ist für ein kleines Land wie Sachsen-Anhalt genug
  - auf Europaebene einsetzen für Beibehaltung des deutschen Diploms
  - bessere Möglichkeiten für wissenschaftlichen Nachwuchs, durch befristete Anstellungen im Mittelbau
  - Prüfung des hessischen Modells mit leistungsbezogener hochschulinterner Budgetierung
  - Schaffung einer Kunsthochschule in Sachsen-Anhalt
  - Abschaffung von Doppelangeboten im Ballungsraum Halle-Leipzig (Initiative Mitteldeutschland)
  - neue Wege der Zusammenarbeit mit Instituten und Stiftungen wie dem CHE ([www.che.de](http://www.che.de))
  - Förderung von Existenzgründern im Hochschulbereich
  - Abschaffung der ZVS und individuelle Aufnahmebedingungen der einzelnen Hochschulen
  - Bildung leistungsfähiger Hochschulgremien, echte Selbstverwaltung.
- Der RCDS engagiert sich weiter, denn man kann die Zukunft nicht dem Zufall überlassen, und deshalb sind wir mit 7 Kandidaten bei der Kommunalwahl am Start. Wahlkampf machen wir dabei nicht zum Spaß - und CDU-Regierungen sind kein Selbstzweck!

Sie haben die Pflicht, die BESTEN Lösungen für die Zukunft zu suchen.

**Mehr unter**

**[www.rcds-lsa.de/magdeburg](http://www.rcds-lsa.de/magdeburg)**

*Christian Köhler, RCDS*

## TECHNIKAUSGÜNDEL



- ▶ Rundfunk ▶ Fernsehen ▶ Video
- ▶ Haus- und Küchentechnik
- ▶ Elektroinstallation ▶ Antennenanlagen
- ▶ PC und EDV

Bruno-Taut-Ring 3b, 39130 Magdeburg  
Tel. 0391-7 22 43 05, Fax.0391-7 22 43 09

E-Mail: [technikhaus-guendel@t-online.de](mailto:technikhaus-guendel@t-online.de), [www.Technikhaus-guendel.de](http://www.Technikhaus-guendel.de)

## Der Traum vom Großflughafen Stendal-Buchholz

Ein zögerliches Verhalten des Investors Airail, das Planfeststellungsverfahren für diesen Großflughafen einzuleiten, hat schon einige Diskussionen ausgelöst. Jetzt hat die Gesellschafterversammlung bestätigt, dass es finanzielle Engpässe gibt.

Derzeit läuft in Berlin auf höchster Ebene die Bestrebung weiter, einen internationalen Großflughafen für die Bundeshauptstadt zu schaffen. In diese Richtung geht auch die Antwort der Bundesregierung zur "Stärkung des Berliner Luftverkehrs". Es ist an der Zeit, klar die Richtung von Airail abzufordern, was und wann überhaupt etwas für die Region zu erwarten ist.

Noch kursieren Zahlen von mehreren Millionen Passagieren pro Jahr ab ca. 2009. Es sind damit natürlich auch Arbeitsplatzzahlen und Hoffnungen verbunden, die langsam, wenn überhaupt, konkret werden müssen.

Den Menschen in der Region über Jahre eine Fata Morgana vorzuzeichnen ist nicht seriös, zumal ein gebauter Großflughafen nicht automatisch auch ein solcher sein wird.

Hier sind jetzt schon Konzepte vorzulegen, wie die Airlines sich dort im Passagier- und Frachtaufkommen etablieren werden. In einem Netzwerk zwischen den Großflughäfen Hamburg, Hannover, Berlin und Leipzig ist die Lage zentral aber vielleicht auch überflüssig. Überfällig ist auch die Aussage des Unternehmens, was nun endlich passiert, denn 5 Jahre sind für solch ein Projekt eine sehr kurze Zeit.

*Bernd Heynemann  
Arbeitsgruppe Verkehr der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

## Milchhof Magdeburg wird 250 Millionen Liter Milch verarbeiten

Der älteste Milchhof in Deutschland, gegründet 1878, hat sich gemauert. Davon konnten sich am 12. Januar die Landtagsabgeordneten Jürgen Scharf, Eva Wybrands, Wigbert Schwenke und die Mitarbeiter der CDU Kreisgeschäftsstelle Monika Schoeps und Gerhard Häusler überzeugen.

Geschäftsführer Helge Prott führte die Besucher nach einem kurzen Vortrag zum derzeitigen Stand des Unternehmens, durch die Produktionsstätten, Lagerräume und die Endabfertigung für den Transport.



Produziert wird im Magdeburger Standort des Milchhof-Konzerns in naher Zukunft nur noch Butter und vor allem Trinkmilch. Auf Grund der günstigen Lage bleibt dieser Standort erhalten. Die Nordmilch-Gruppe wird sich von 11 kleineren Unternehmen verabschieden, d.h. die 10 noch bestehenden werden ein größeres Einzugsgebiet bekommen und ihren Umsatz steigern. Demzufolge sind weitere Investitionen für die Erweiterung des Hochregallagers sowie zur Anschaffung neuer Computertechnik geplant.

## Starkes Magdeburg im Blick

Unter dem Motto "kpv Magdeburg aktiv" ist die kpv im vergangenen Jahr gestartet. In diesem Jahr stehen große Aufgaben bevor. Die kpv will ihrem Auftrag gerecht werden: Die kpv will informieren, beraten und vermitteln und an der Willensbildung in der Kommunalpolitik mitwirken!

Die Kommunalwahl steht vor der Tür. Wir wollen die CDU und ihre Kandidaten unterstützen. Wir wollen mithelfen, das Kommunalwahlprogramm bekannt zu machen. Magdeburg hat besondere Bedeutung. Beispiele: Magdeburg ist Knotenpunkt der Schifffahrtswege, der Autobahnen und Bundesstraßen nach West und Ost von Frankreich bis Russland, nach Nord und Süd von Skandinavien bis Tschechien/Balkan. Magdeburg bietet als Oberzentrum die Versorgung der Bevölkerung in der Stadt und den umliegenden Landkreisen mit Theater und anderen kulturellen Angeboten, mit

Freizeit- und Sporteinrichtungen. Die Stadt kann Vereinbarungen über die Öffnung ihrer Schulen für das Umland anbieten und ist mit den Hochschulen und der Forschung international. Die kpv fordert von Bund und Land die Finanzmittel, die der Aufgabenstellung der Landeshauptstadt gerecht werden.

Die kpv setzt sich für den Ausbau des Wirtschaftsstandortes ein. Dazu gehört auch die Erreichbarkeit der Unternehmen für ihre Manager über einen erweiterten Flugplatz. Dringend nötig ist die zügige Fertigstellung des Projektes Deutsche Einheit Nr. 17 mit der Schaffung der elbeunabhängigen schiffahrtssicheren Wassertiefe im Hafen von 2,50 m.

Die Europawahl hat in diesem Jahr ganz besondere Bedeutung, geht es doch um nicht weniger als die Existenz der Selbstverwaltung unserer Stadt. Die Freiheit der Kommunen

insgesamt steht auf dem Spiel. Der von den Bürgern der Stadt gewählte Rat muss weiterhin entscheiden können, was in der Stadt geschieht. Das aber wollen Kräfte in Europa ändern. Mit der europäischen Verfassung soll unser Kommunalrecht abgeschafft werden. Die kpv / CDU hat bereits bei den bisherigen Beratungen protestiert.

Die kpv ruft zum Gang an die Urne auf. Die CDU Sachsen-Anhalt schickt zwei Magdeburgerinnen ins Rennen. Damit sind eine hohe Wahlbeteiligung und Stimmgewinne zu erhoffen. Die kpv wünscht eine starke CDU im Rat der Landeshauptstadt und im Europäischen Parlament. Wir werben für den Erfolg der Kandidatinnen und Kandidaten. Alle haben zum Wohl der Einwohner ein starkes Magdeburg im Blick.

*Herbert Becker (Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung)*

## Scharf setzt Wahlziel: "Wir wollen wieder stärkste Fraktion werden!"



Ministerpräsident Böhmer bei seiner Ansprache beim Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Magdeburg, links Kreisvorsitzender Jürgen Scharf.

Der Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes hat mittlerweile einen festen Platz im Veranstaltungskalender Magdeburgs. Dicht gedrängt standen die etwa 400

Freunde und Gäste der Union in der Hypo-Vereinsbank, darunter die Minister Karl-Heinz Daehre und Rainer Robra, als Kreisvorsitzender Jürgen Scharf am 26. Januar das Wahlziel der CDU für die Kommunalwahlen am 13. Juni ausgab: "30% plus X", gab er als Losung aus. Ein Wahlziel, das problemlos zu erreichen sein dürfte. Außerdem forderte er vehement den Ausbau des Magdeburger Flugplatzes entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss. Das mochte Ministerpräsident Böhmer wohl nicht so gerne hören und sprach dieses heikle Thema in seiner Rede erst gar nicht an. Prof. Böhmer setzte sich dagegen umso mehr mit den vielen



Blick in die Kundenhalle der Hypo-Vereinsbank, wo etwa 400 Mitglieder und Gäste der Magdeburger CDU aufmerksam den Ausführungen des Ministerpräsidenten folgten und auf ein erfolgreiches Jahr anstießen.

Reformvorhaben in Bund und Land, Steuerausfällen, Schulschließungen und drohendem Rückgang der Fördermittel auseinandersetzen. Er forderte die Medien auf,

nicht nur Schlagzeilen und Polemik zu verbreiten, sondern den Menschen Mut zu machen, damit die weitere Gestaltung des Landes gelingen könne. *wik*

## Gute und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Maltesern und Ortsverband Neustadt



Seit Jahren betreibt der Malteserhilfsdienst in Magdeburg Neustadt, Morgenstraße 12, eine Seniorenresidenz. In dieser gut beleumundeten Einrichtung wird betreutes Wohnen für betagte Bürger angeboten. Durch den damaligen Diözesengeschäftsführer Schabanoski wurde der Kontakt zu dem Objektleiterehepaar Erdmann hergestellt. Die Eheleute Erdmann leiten freundlich und mit großer Sachkunde die Seniorenresidenz und waren über das Interesse der CDU-Neustadt an ihrer Einrichtung sehr erfreut.

Der Ortsverband hat seit dieser Zeit schon sehr viel interessante Veranstaltungen in diesem gastlichen Haus durchgeführt. Darüber

hinaus ergab sich auch immer wieder die Möglichkeit zum politischen Meinungsaustausch mit Bewohnern und Gästen. Das Interesse älterer Menschen an Politik ist ohne Zweifel vorhanden und jedes Angebot zur Information wird dankbar angenommen. So konnte der CDU-Ortsverband Neustadt einen Besuch im Landtag von Sachsen-Anhalt initiieren. Eine Gruppe von Seniorinnen und Senioren aus der besagten Residenz besuchten daraufhin auf Einladung unserer Landtagsabgeordneten Eva Wybrands eine Plenarsitzung des Landtages mit anschließender Führung durch das Landtagsgebäude. Wie gut und wichtig solche Begeg-

nungen sind, wurde von den Besuchern während der Diskussion sehr deutlich gemacht.

Ich kann nur hoffen, dass dieses

nette Miteinander noch lange fortauern wird.

*Hubert Salzborn*

*Vorsitzender des OV Neustadt*

**Rasch  
Reinigungs-  
und  
Dienstleistungs  
G  
m  
b  
H**

- Containerdienst
- Kehrmaschinenverleih
- Baustellenreinigung
- Entrümpelung

**Tel. 0391 2447777**

39126 Magdeburg, Klosterkamp 1, Fax 0391 2447744

## Das europäische Modell ist eine Botschaft der Hoffnung in der globalisierten Welt

In seinem Vortrag auf Einladung der Europa-Union verstand es Dr. Wolfgang Schäuble einen spannenden Bogen vom zerstörten Europa am Ende des Zweiten Weltkrieges über den 50jährigen Einigungsprozess der europäischen Völker zu den aktuellen Fragen zu spannen. Er machte deutlich, dass die Einigung Europas nicht unter dem Blickwinkel tagespolitischer Ereignisse gesehen werden darf, sondern als historischen Prozess, zu dem es keine echte Alternative gebe.

Schäuble betonte, dass er schon als Chef des Kanzleramtes in den 80er Jahren die Auffassung vertreten habe, dass die "Jalta-Teilung Europas" überwunden werden würde und damit Deutschland seine Wiedervereinigung erlange. Die Einheit Europas gelte es nun mit der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten zu vollenden. Den Zweiflern rief er zu: "Wer sich an Grenzenlosigkeit stört, sollte sich an Mauer und Stacheldraht erinnern!"

In diesem Zusammenhang mahnte

er auch, dass der Einigungsprozess nach dem Krieg unter ungleich schwierigeren Bedingungen eingeleitet wurde. "Warum soll uns heute die Einigung Europas nicht gelingen?", fragte Schäuble und fügte hinzu: "Die Einigung Europas ist eine Botschaft der Hoffnung in dieser globalisierten Welt." Europa findet nach schrecklichen Irrungen und Kriegen zu einem friedlichen Zusammenleben, ohne die jeweilige nationale Identität aufgeben zu müssen. "Das ist das europäische Modell", brachte Schäuble seine Argumentation auf den Punkt.

Der frühere Bundesinnenminister und Architekt des deutschen Einigungsvertrages wies aber auch darauf hin, dass die Welt sich rasant verändere und Deutschland nur noch gut ein Prozent der Weltbevölkerung stelle. Nur ein Europa, das als Einheit auftrete, würde letztlich allen Europäern nutzen und zugleich ein stabilisierender Faktor in der Welt darstellen. Wenn die Europäer sich jedoch nicht einmal die Erweiterung nach Osten zutrau-



en, können sie weltweit keine Aufgaben übernehmen.

Auf die Frage eines Zuhörers nach den Grenzen der EU machte Schäuble deutlich, dass es letztlich nur eine sinnvolle Abgrenzung gebe, die geografische. Sowohl die Türkei als auch Russland seien wichtige Partner der EU, würden Europa jedoch bis nach Wladiwostok und an die irakische Grenze ausdehnen.

Die derzeitigen Probleme in Deutschland sind nach Ansicht Schäubles nicht die Folge der europäischen Einigung, sondern

den weiteren Einigungsprozess bezeichnete er eher als "Beitrag zur Lösung der Probleme".

Allerdings sieht Schäuble auch einen immensen Reformbedarf innerhalb der europäischen Institutionen. "Europa leidet unter einem Mangel an Transparenz, Effizienz und demokratischer Legitimation", fasste der Gast seine Kritik zusammen. Der Bürger nehme "Brüssel" zu Recht als kompliziert und bürokratisch wahr. Dies müsse bei der künftigen Kompetenzverteilung zwischen EU und den Mitgliedstaaten verbessert werden. wik

### 15 Tagereise in den amerikanischen Westen

Nach dem Erfolg der letztjährigen London-Reise geht es jetzt mit Frau Wybrands, der europapolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion des Landtages und Vorsitzenden des Landesfachausschusses Bundes- und Europaangelegenheiten, auf der schönsten Strecke durch den Westen der USA. Entdecken Sie auf dieser Reise die schönsten Seiten der Westküste Amerikas und einzigartige Landschaften. Sie besuchen Naturwunder wie den Grand Canyon und den Zion National Park. Einen Hauch von Western-Atmosphäre erleben Sie ebenfalls. Weitere Höhepunkte sind: Sierra Nevada, Las Vegas, San Francisco, Hollywood und Los Angeles.

Auf Wunsch kann im Anschluß an die Rundreise ein 6-tägiger HAWAI-Badeaufenthalt gebucht werden.

**Reisetermin: 11.07.-25.07.2004**  
**Reisepreis: Euro 2.399,-**  
**pro Person im Doppelzimmer**

## Visionen 2004 + - Die Zukunft des Zoos



Dr. Kai Perret überraschte die Landtagsabgeordneten am 9. Februar bei Ihrem Besuch im Magdeburger Zoo mit einem guten Konzept und jede Menge außergewöhnlicher Ideen. Er will mit seinem Team den Zoo konkurrenzfähig machen und sieht sein Unternehmen als "einen Teil des großen Freizeitmarktes".

"Unser Zoo soll erlebnisorientierter werden." so Dr. Perret. Der direkte

Kontakt zwischen Besucher und einigen Tierarten, wie z.B. den Mantelaffen soll bei der Gemeinschaftshaltung mit den Nashörnern ermöglicht werden. Geplant ist eine 1,5 ha große Anlage - die AFRIKA-CAMBO - mit gemischten Tierarten, die so auch in der freien Wildnis vorkommen. Die Elefanten werden nicht nur zu zweit sein, geplant sind fünf Kühe und ein Bulle. Der gastronomische Bereich wird

sich quantitativ und qualitativ verbessern. Als Terrassenanlage soll der Blick auf eine afrikanische Wildlandschaft, idealerweise bei Sonnenuntergang, ein Gefühl für Afrika entwickeln.



### Termine im März 2004

#### 6. März: DOG-DAY

Alle Hunde haben freien Eintritt an diesem Tag, Präsentationen zum Thema: "Alles für den Hund"

#### 26. März: Zootreff

Zooführung

"Tierwelt Südamerikas"

Treff: 10.00 Uhr Kasse  
Straße Am Vogelgesang